


Rundschreiben Nr. 16. – März 2016. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte“ Nr. 3/2016.
V.i.S.d.P.: Wolfgang Freye. Windmühlenstraße 25, 45147 Essen. Email: w.freye@web.de.

Inhalt

Konservatismus als politische Strömung im Wandel und die Probleme linker Kritik. Vortrag zur Einleitung des Kurses von MARTIN FOCHLER	1
Kritik am politischen Konservatismus. Von KARL-HELMUT LECHNER	5
Evolutionstheorie: Niklas Luhmann – oder wie verändert sich Gesellschaft Von EVA DETSCHER	10
„Implizierter Konservatismus“ – die sozialwissenschaftliche Debatte um den Begriff der Pfadabhängigkeit. Von EVA DETSCHER	10
Ein Jahr Rot-Rot Grün in Thüringen – eine Zwischenbilanz. Frank Kuschel bei der ArGe. Von ULLI JÄCKEL	12
Protokoll der Mitgliederversammlung der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ am 7.1.2016 in Erfurt	12

Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung
Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE

Winterschule in Erfurt
7. bis 9. Januar 2016
Kurs Philosophie:



„Kritik am politischen Konservatismus“

DIE LINKE.

Kritik am politischen Konservatismus. Texte für den Philosophiekurs der Winterschule der Arbeitsgemeinschaft „Demokratie und Soziale Befreiung“ in Erfurt, 7. bis 9. Januar 2016

Inhalt des Textheftes:

Einleitungsvortrag:

„Konservatismus als politische Strömung im Wandel und die Probleme linker Kritik“ Martin Fochler 1

Texte:

Andreas Rödder: „Was heißt heute konservativ?“ 8
Edmund Burke: „Betrachtungen über die französische Revolution“ i. d. Übers. v. Friedrich Gentz 19
Heinrich von Treitschke: „Unsere Aussichten“ 31
Deutsche Konservative Partei: „Gründungsaufruf“ im Juli 1876 38

Carl Schmitt: „Nehmen – Teilen – Weiden“ 41
Karl R. Popper: „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, Auszüge Band I und II. 60
Niklas Luhmann: „Die Gesellschaft der Gesellschaft“ 82
Jürgen Beyer: „Pfadabhängigkeit“ 95
Otfried Höffe: „Subsidiarität als Gesellschafts- und Staatsprinzip“ 107
Walter Hallstein: „Rede zur Verleihung des Karlspreises 1961“ 138
Carlo Masala: „Europa sollte ein Reich werden“ 141
Alexander Gauland: „Thesenpapier Außenpolitik“ 144

Für die Auswahl der Texte sind verantwortlich: Eva Detscher, Martin Fochler, Ulli Jäckel und Karl-Helmut Lechner. Wegen der Fülle des Materials und um die Bearbeitung des Themas zu strukturieren, wurden jeweils in der Sitzung die gemeinsam zu lesenden Textpassagen vorgeschlagen.

Wer Interesse hat an den vollständigen und elektronisch verfügbaren Büchern, denen die Texte entnommen sind, wende sich an Karl-Helmut Lechner. eMail: Karl-Helmut.Lechner@wtntnet.de.

Seit unserer Diskussion im Sommer ist die Aktualität des Themas handgreiflich geworden. In unserer Berichterstattung können wir die vielseitige und lebhaftige Diskussion, die wir anhand der Texte führten, nicht komplett wiedergeben. Die Stichworten „Evolution“ und „Pfadabhängigkeit“, spielten in der Diskussion durchaus eine Rolle, die dazu ausgewählten Texte konnten wir aus Zeitgründen nicht erörtern, sie werden in diesem Heft dargestellt. Die lebhaftige Diskussion um den ausgewählten Popper-Text führte zu der Vermutung, dass die linken Kritiken der 1960er-Jahre, die den von Karl Popper entwickelten Ansatz (Stichwort Politik – Probleme lösen) in Bausch und Bogen verwarfen, ihrerseits einer Sichtung bedürfen.

Konservatismus als politische Strömung im Wandel und die Probleme linker Kritik

Vortrag zur Einleitung der Erörterungen*. Der Konservatismus im Nachkriegsdeutschland wurde von Menschen getragen, deren größerer Teil dem Nazi-Regime gedient hatte. Die biografische Verbindung von Nazi-Ideologie und neueren theoretischen Ansätzen zeigt sich in einer Vielzahl von Karrieren, in Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Die linke Kritik suchte die Auseinandersetzung mit den Tendenzen zur Fortsetzung von Traditionen Nazi-Deutschlands, die insbesondere in Begründung und Vollzug des KPD-Verbotes (z.B. Grundgesetzkommentar von Theodor Maunz) und in der Außenpolitik (Hallstein-Doktrin) das politische Leben prägten. Die große Veränderung, die mit der Jahreszahl 1968 in die Entwicklung der politischen Ideen eingetragen ist, hat, das zeigt sich im Rückblick, das politische Kontinuum vom rechten Nazi-

Rand bis hin zur Mitte unterbrochen. Über die Jahrzehnte hin hat dann der deutsche Konservatismus eine Distanz zur großdeutschen und Nazipolitik entwickelt, die wohl auch für die Duldung des DDR-Anschlusses durch die Siegermächte nötig war. Diese Distanzbildung hat sich in der Zeit der Kanzlerschaft Angela Merkels herausgearbeitet. Mehr als nur ein Symbol war deren Absage an Helmut Kohl, der durch seine Aussageverweigerung in der CDU-Spendenaffäre Begriffskaskaden wie den Wert der Freundschaft und politischer Verbrüderung neben und über den Rechtsstaat stellte. Eine Haltung, die – nach dem Motto „Seilschaften zählen mehr als Rechtsstaatlichkeit“ – für das Funktionieren im westlichen Nachkriegsdeutschland sorgte, nun aber zum Störfaktor wurde.

Der Wandel konservativer Strategien entwertet die Klasse poli-

* Die Einladung Winterschule 2016 der ArGe Thema: Kritik am politischen Konservatismus • In der alten BRD war die linke Kritik am politischen Konservatismus durch Erfahrung mit dem autoritären Staatswesen geprägt. • Die mangelnde Reichweite dieser Kritik ist seit langem fühlbar. • Die Kategorien passen nicht mehr. • Die neuesten Entwicklungen in der Flüchtlingsfrage deuten allerdings darauf hin, dass der Konservatismus die Brücken zum reaktionären Denken keineswegs gänzlich abgebrochen hat. • Untersuchungsgegenstand 1: Denkrichtungen und Traditionen, die für den sozial orientierten Konservatismus inspirierend waren und ihm das demokratische Denken zugänglich gemacht haben. • Untersuchungsgegenstand 2: Auseinandersetzungen um die Orientierung des Konservatismus z.B. bei der Debatte um die Leitkultur. • Ausleuchten des Spektrums der Meinungen und Lehren, die für die Ausprägung und Veränderung des Parteienspektrums gesorgt haben.

tisch wirksamer Kritiken vom Typus „X führt zu Y“, wobei unter X tatsächliche politische Strategien und Institutionen eingesetzt werden und unter Y anerkannte Übel. Das Elternelement dieser Kritiken – „Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muss weg“ – ist heute schon so gut wie aus der präsenten Erinnerung verschwunden. Die Absage an großdeutsche und nationalsozialistische Politik, die das Ziel der klassischen linken Kritik und gesetzgeberischer Initiativen war, ist in einem weiten Teil des politischen Spektrums Gemeingut geworden. Aber das hat nicht zu einer Linkverschiebung der öffentlichen Meinung geführt, die sich eher um den modernisierten – man könnte auch sagen – offenen Konservatismus gruppiert, wie er unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel besteht. Die Potentiale deutsch-nationalistisch bestimmter Politik, die sich in den Parteiansätzen von AfD und Pegida und in wilden Hassreden und -verbrechen zeigen, machen deutlich, dass keineswegs als abgehakt oder erledigt betrachtet werden kann, was man vage mit „faschistischer Gefahr“ bezeichnet. Eine Deutung, die diese Strömungen als eigentlichen Kern des Konservatismus ausmachte und seine offensichtlich anderen Auftritte als Heuchelei oder Naivität zu charakterisieren versuchte, wäre neben der Sache.

Die Bezüge des modernen Konservatismus – Was alle wollen, kann nicht falsch sein

Im Spiegel der weltumspannenden Medien, der amtlichen Publikationen, der wissenschaftlichen Veröffentlichungen, der Kulturprodukte, der freien Presse, der sozialen Medien und nicht zuletzt der durch weltweit gestreute Freundschaft und Verwandtschaft verbürgten, in Echtzeit einholbaren Informationen zeigt sich die soziale Welt uns Zeitgenossen als Raum von Möglichkeiten, von Gefahren und Chancen, in dem es darauf ankommt, eine Wahl zu treffen. Wohnsitz und Staatsangehörigkeit, Partnerschaft und sexuelle Orientierung, Bildung und Beruf, Streben nach Erfolg in Karriere und Geschäft, auf all diesen Feldern will sich der moderne Mensch seinen Weg durchs Leben suchen können. Eine Ordnung der öffentlichen Angelegenheiten, die diesen Bestrebungen entgegensteht, wird nicht akzeptiert.

Denn der in diesem Sinne moderne Mensch kann sich eine Existenz an jedem Ort der industriell erschlossenen Welt durchaus vorstellen. Zwar bestehen Barrieren: der Sprache, der Kultur, der Sitten, aber sie sind (wenigstens in der Vorstellung) überwindbar. Zur Beurteilung der Qualität der Orte ist im weltweiten Diskurs eine Liste der Güter entstanden, die zu einem guten, freien oder wenigstens irgendwie annehmblichen Leben gehören: Hohe Produktivität der Wirtschaft. Differenzierte Arbeitsteilung. Die Chance, durch Ausbildung voranzukommen. Freiheit der Berufswahl. Ausgebaute öffentliche Leistungen und Güter. Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten auf demokratischem Wege. Intakte Natur. Lebensgestaltung in Selbstbestimmung, Partizipation im Arbeitsleben. Möglichkeiten genossenschaftlicher Organisation und Selbstverwaltung, anerkannte Menschen- und Bürgerrechte ...

Das Verfahren, Lebensumstände als Liste von Einrichtungen und Gütern fassbar zu machen, findet sich gut ausgebaut wohl zuerst bei John Rawls Theorie der Gerechtigkeit als Fairness. Inzwischen ist das „Ranking“ zwischen Lebensorten völlig üblich. Das Individuum, das sich seinen Platz im Leben sucht, wird zu einer tragfähigen politischen Idee, weil die Arbeitskräfte, von deren Leistungen die reife, hoch arbeitsteilige Industriegesellschaft getragen wird, in vieler Hinsicht mobil sein müssen: Gut geschult und in der Lage sich fortzubilden und den Beruf zu wechseln, bereit ihre biografische Bindung an den Ort des Aufwachsens und den Familienverband ohne große Umstände aufzugeben, und somit fähig, irgendwo leer gewordene oder neue Stellen im Netzwerk differenzierter Teilarbeiten auszufüllen. Mit der hohen Bereitschaft, den Anforderungen, die sich aus der Stelle ergeben, verständlich zu genügen, sollten sie auch bereit sein, sich der Integration des Arbeitsprozesses durch Autoritäten zu

fügen. Ihnen bleibt die Möglichkeit, an der internen Debatte der Einrichtung teilzuhaben, an einer anderen Stelle neues Glück zu suchen oder Sinn in der privaten Sphäre zu suchen.

Inzwischen existiert eine solche Liste von Kriterien zur Beurteilung der Qualität einer Stadt, eines Landes, eines Rechtsraumes nicht mehr nur weitgehend unstrittig im politischen Bewusstsein der Personen, sondern auch im Beschlusskanon von Institutionen. Etwa jene, vom breiten Strom der Meinungsäußerungen getragenen UN-Resolutionen, die Kataloge von Wohlfahrtszielen definieren. Dies schafft für den politischen Wettbewerb eine neue Konstellation. Zwar sind harte und sogar gewaltsame Kämpfe auf diesem Wege nicht ausgeschlossen. Neu ist aber, dass die Streitparteien ihre Ziele nicht im glatten Gegensatz zueinander formulieren (müssen), sie können sich im Streit auf dieselbe Liste nicht nur von Werten (Beispiel: Gerechtigkeit), sondern von Gütern (Beispiel: Gesundheit) berufen. Die immer noch harten Differenzen münden in einen Streit über angemessene Mittel und die Gewichtung von Interessenpunkten. Es entsteht eine wettbewerbliche Situation, die in einen Parallelismus von einvernehmlichen Vereinbarungen und streitbaren Verhandlungen münden kann. Bei der Arbeit zum Beispiel in kommunalen Gremien oder auch auf europäischer Ebene ist offensichtlich, dass das „Freund-Feind-Schema“ nicht mehr funktioniert.

These: Die hier ganz vage beschriebene Liste politischer Güter und Ziele kann sich in der weltumspannenden Kommunikation herausbilden und wirksam werden, weil sie für die Organisation der differenzierten Arbeitsteilung erforderlich ist. Für den Konservatismus bedeutet dies, dass er mit dem Phänomen des Wandels und der individuellen Unabhängigkeit fertig werden muss. Für die linke Kritik und Politik, dass sie ihr Verhältnis zum Status Quo nicht mehr unter dem Aspekt der Utopie und der Aufhebung des gegenwärtigen Zustandes ausdeuten kann, sondern mit dem Phänomen der Stabilität zurecht kommen muss.

Die kritische Idee der Emanzipation bleibt attraktiv

Die mit politischer Gewalt fixierte Privilegierung der Einen und komplementär dazu der Ausschluss der Anderen vom politischen Leben führte dazu, dass die Aufhebung jener exklusiven und tradierten politischen Gewaltverhältnisse – zweifellos der nächst fällige Schritt auf dem Wege der Emanzipation – als Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden wurde. Praktisch haben sich die Ideen der politischen Gleichberechtigung und der sozialen Verpflichtung der Gesellschaft für jeden Einzelnen gestaltend festgesetzt. Auch in dieser, verglichen mit der Phase der Industrialisierung ganz neuen Welt hat die seinerzeit aufgekommene Idee der Emanzipation ihre Antriebskraft nicht verloren. Sie entfaltet sich in zwei Richtungen: indem sie sich für die Freiheiten und Rechte des einzelnen Menschen entscheidet und Ansprüche der Nation, des Volkes, der Sippe & Familie oder eben auch wirtschaftlich bestimmbare Klasseninteressen zurückstellt und indem sie den Individuen eine Grundausrüstung öffentlicher Mittel und Leistungen zusichert (z.B. die allgemeine Schulpflicht). In diesen Bezügen ist ein „mehr“ oder „weniger“ möglich, und so bleibt der Idee, dass Denken und Lebensgestaltung freier sein sollten, eine politisch verbindende Kraft.

Kopplung von sozialem Status und politische Orientierung gelockert

Einstellungen, die klassisch mit den Erwerbsquellen „Unternehmertätigkeit und Vermögen“ bzw. „unselbständige Arbeit“ verbunden werden, verändern sich und diffundieren ineinander. Politische Einstellungen, die sich auf einer Skala von reaktionär – konservativ – reformorientiert – (r)evolutionär verorten ließen, entwickeln sich in bloß loser Kopplung mit der sozialen Situation des Individuums. Eine kritische, auf individuelle Emanzipation gerichtete Einstellung schließt Laufbahn und Erwerb nicht von vorneherein aus, während eine verbissene, unterwür-

fig an Traditionen gebundene Einstellung sich auch bei Ausgegrenzten und Benachteiligten finden lassen kann.

Einen Grund für die nur lose Kopplung von politischen Ideenbündeln und sozialer Lage liefern Grad und Typ der Arbeitsteilung, die inzwischen eingetreten ist. Die Perfektionierung und Entwicklung der tragenden produktiven Prozesse geht besser, wenn die einzelnen Menschen Verständnis der technischen und kulturellen Grundlagen erwerben und ihre Kritik und ihre alternativen Vorstellungen in den Prozess einbringen können – ein permanentes Thema z.B. in Managerseminaren.

Noch an der Schwelle des Industriezeitalters wird der (absolutistische, merkantilistische) Staat als treibende Kraft der Innovation gesehen. Langsam erst tritt die Figur des unternehmenden Privatmannes, der sein Vermögen aufs Spiel setzt, in den Vordergrund des wirtschaftlichen Geschehens, um zum Beginn des 20ten Jahrhunderts durch die Figur des Unternehmers abgelöst zu werden. Dessen unternehmerische Idee wird durch den Kredit des Publikum finanziert, so dass im Wirtschaftsleben perfektionierende Verbesserung und schöpferische Zerstörung parallel gehen (Schumpeter). Heute zeigt sich, dass die „neue Kombination“, die den wirtschaftlichen Wandel antreibt, nicht mehr im Kopf von Einzelnen ausgedacht werden kann, sondern besser von einem Netzwerk ausformuliert wird. Dieser Prozess, der in der naturwissenschaftlichen Forschung im Lauf des 20ten Jahrhunderts einsetzt, ist heute auch in der erwerbenden Wirtschaft relevant. Damit wird auf Gestaltung zielendes Handeln in vielen Positionen der formell unselbständigen und untergeordneten Arbeit gesellschaftlich relevant und akzeptabel. Die relative Unabhängigkeit des Urteilens kann nur kultiviert werden, wenn es eine freie Wahl des Arbeitsplatzes gibt und wenn es ein Leben außerhalb des Arbeitsplatzes gibt. Das ist nur graduell der Fall, gleichwohl reicht der Strukturwandel der Arbeitsanforderungen in der reifen Industriegesellschaft, um bei den individuellen Menschen die Neigung, gängige Praktiken mit Hilfe des eigenen Verstandes kritisch zu beobachten, zu wecken. Der einzelne Mensch kann sich als Träger sozialer Systeme oder Praktiken verstehen, zu denen und in denen er jeweils „Ja“ oder „Nein“ sagen kann und zwar, ohne damit ein Urteil über das Ganze verbinden zu müssen.

So stabilisiert sich in der reifen Industriegesellschaft der soziale Raum als Vielfalt kultureller, technischer, wissenschaftlicher und politischer Praktiken, als Gemenge kooperativ miteinander verflochtener Einrichtungen, die am Leben bleiben, weil und so lange sie irgendwie zur Produktivität des Gesamtkomplexes beitragen. So gehen einzelne Firmen und Geschäftszweige unter, während andere aufkommen, so veralten Vertragstypen der Sozialorganisation und werden durch neue ersetzt, es gehen Welten und Lebenswelten unter, ohne dass die Welt untergeht.

Freude an Veränderung und Aversion gegen politische Umwälzungen

Gerade die Möglichkeit der punktuellen Veränderung erzeugt in dieser Situation ein Interesse an stabilen Grundlagen, Rahmenbedingungen, Umweltgegebenheiten. Konzeptionen einer umfassenden Neuordnung durch politisch-kollektive Willensbildung werden als gefährlich begriffen, weil sie die Gestaltungsräume der Einzelnen und der kleineren Entitäten engmachen; denn diese müssen sich in die neue Konzeption fügen. Politik in emanzipativer Absicht steht in der Traditionslinie einer Kritik, die die Welt durch ein zentrales Produktionsverhältnis geordnet bzw. gefesselt sieht, das gesprengt werden muss. Gedanklich und symbolisch liegt die Idee, die Verwicklungen der Welt durch einen Gewaltstreich zu durchhauen, wie es Alexander mit dem Knoten gemacht hat, schon der Antike nahe. Beim Übergang von der Industrie- zur reifen Industriegesellschaft hat sich das Verfahren definitiv nicht bewährt, sondern ist als Gefahr für politische Freiheiten und individuelle Menschenrechte auffällig geworden. Politik in emanzipativer Absicht steht in der Traditionslinie der „Umwälzung aller Verhältnisse, in denen ...“, kann in dieser Tradition aber nicht fortfah-

ren. Es bleibt – im Gegensatz zur Idee des Fesselnsprengens – um das vorab zu sagen, die nicht zu verachtende Traditionslinie der „verändernden Praxis mit all ihren (in den Feuerbach-Thesen beispielhaft ausgeführten) Rätseln und Verwicklungen“. Der Konservatismus ist zur bestimmenden Kraft geworden, weil er – anders als die linke Kritik – ein Verfahren hat, Stabilität und Entwicklung parallel zu führen.

Wer in der reifen Industriegesellschaft Handlungsfreiheiten hat (und die Leute haben sie alle, wenn auch in ganz unterschiedlichem Maße, zwischen dem Pol weitgehend fremdbestimmten Lebens und dem der ausufernden Herrschaft über andere) kann sich der Einsicht nicht verschließen, dass ein gewisser Prozentsatz an üblichen Verfahren und Praktiken erhalten werden muss, damit ein anderer Teil verändert werden kann und Veränderungen nicht etwa der Logik folgen: erst alles und das ganze verändern, bevor sich im einzelnen was verbessern kann.

Aber was bedeutet der Wegfall einer Institution? Waren die USA nach dem Bürgerkrieg und der Aufhebung der Sklaverei etwas ganz Anderes? Oder hat sich im Prinzip nichts geändert? Das vernünftige politische Urteil kann sich nicht in ein Ja oder Nein flüchten. Es muss sich auf die Liste der Freiheiten und Güter beziehen und jeweils seine Aussage differenziert begründen: „Das da ja – das andere da nein“; oder: „Mehr von diesem, weniger von jenem“. Dieses praktische, – bei der individuellen Lebensgestaltung wie mit Blick auf politische und wirtschaftliche Systeme – unumgängliche und massenhaft eingeübte, übliche Verfahren kollidiert mit jenen Methoden des kritischen Denkens, die danach streben, die soziale Welt als ganze gedanklich zu fassen, diejenigen Kräfte zu begreifen, die ihren Zusammenhalt bewirken und so zu finden, wie die Fessel gesprengt werden kann. Sobald sich jedoch die emanzipativen Bewegungen im politischen Leben als anerkannte Kraft festsetzen können, zeigt sich die begrenzte Reichweite dieses Ansatzes, manifestiert er sich als falscher Denkansatz. In Folge wird der allgemeine Geltungsanspruch der Theorie aufgelockert. Diese Beobachtung trifft auf die linken Parteien in parlamentarischen Systemen zu, sie zeigt sich aber auch in planwirtschaftlichen Systemen. Zum Beispiel in Schlagworten, die so nie in der Doktrin standen und nicht einzubinden waren wie: dass es um die konkrete Analyse der konkreten Situation gehe oder darum, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen.

Der Versuch, die Vielfalt der Welt als Ableitung eines Grundprinzips zu deuten, ist keine Spezialität von Politik mit Absicht der Veränderung. Sie hat auch den Konservatismus besonders in seinen deutschen Ausprägungen bestimmt, liefert sie doch der politischen Macht ein Mandat, irgendeine von der Kritik angegriffene Institutionen als tragend für das Ganze zu verteidigen, wodurch die Anwendung brutalster Gegenmittel legitim wird. In Folge geschichtlicher Erfahrungen ist somit eine Aversion gegen Umwälzungen entstanden, die die Bereitschaft zur Verbesserung der Welt nicht blockiert.

Rechts und links

Bereits in der Nachkriegszeit hat der politische Konservatismus die Wirtschaftswelt als legitimen Ausgangspunkt verändernder Impulse begriffen. Tatsächlich kennt in der Nachkriegszeit das erwerbsorientierte Wirtschaften auf Märkten die Notwendigkeit steter Neuentwicklungen bei Stabilität des Eigentums. Die Übernahme dieser Technik ins politische Denken und als Leitlinie für das Handeln des Staates ist am Fall der Nachkriegsentwicklung des Bundeslandes Bayern besonders gut zu studieren. Offenheit für von der Wirtschaft geforderte Änderungen einzelner gesellschaftlicher Einrichtungen oder auch rechtlicher Rahmenbedingungen war allerdings mit schroffer Ablehnung von Kritiken und Gestaltungsvorstellungen aus den Sphären des Kulturlebens, der Verbände der Lohnabhängigkeit, ja sogar der Wissenschaft verbunden. Die Ablehnung von – in diesem weiten Sinne – linker Ideen ging so weit, dass es in jener Zeit viele Schnittstellen zwischen Milieus und Organisationen des Rechtsextremismus und dem ansonsten rechtsstaatlich orien-

tierten politischen Konservatismus gegeben hat. (Beispielhaft das Münchener Oktoberfest-Bombenattentat). Zwar ist es richtig, dass etwa die kirchliche Sozialarbeit oder die christliche Arbeitnehmerschaft in der Union seit deren Gründung in der Nachkriegszeit einen Platz fanden, aber sie fanden Zutritt zu Macht nur, soweit ihre Ziele mit konservativen in Deckung gebracht werden konnten. Eine zentrale Rolle dabei spielte die staatliche Familienpolitik.

Erst in den letzten beiden Jahrzehnten ist zu beobachten, dass der politische Konservatismus Impulse aus der Gesellschaft aufgreift, die – jedenfalls auf den ersten Blick – keineswegs mit dem Ziel der Stabilisierung einer vorhandenen Einrichtung zusammen gedacht werden können. Dies betrifft ganz auffällig das weite Feld der individuellen Lebensgestaltung. Diese Offenheit für neue Ziele wird dem politischen Konservatismus oftmals nicht abgenommen, insbesondere nicht in den großstädtisch geprägten Lebenswelten. Grund dafür ist, dass im weiten Feld der Anhänger- und Wählerschaft der Unionsparteien diese Änderung des politischen Verhaltens und Denkens keineswegs fertig ist (wie sich jüngst in der Berliner CDU-Mitgliederbefragung in Sachen Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften zeigte. Es wird sich in dieser Frage keineswegs um das einzige Problem dieser Art handeln).

Gleichwohl wird für die Strategie des deutschen Konservatismus gedanklich möglich, in die Verantwortung der Bevölkerung zu stellen, welche Einrichtungen von Staats wegen erhalten werden sollten, worauf man verzichten kann und was eventuell neu zu schaffen wäre. Eine analytische Grundlage für ein solches Denken liefert die Systemtheorie, wie sie namentlich von Luhmann aus dem angloamerikanischen Kulturraum nach Deutschland gebracht wurde. Sie ermöglicht es, die Bedeutung sozialer Subsysteme für die Stabilität des Ganzen zu beurteilen und sich mit dem Tatbestand ihrer Evolution abzufinden. Die Möglichkeit der Unterscheidung zwischen Stabilisieren! – Aufgeben! – Neu gestalten! hat dem politischen Konservatismus die Möglichkeit geschaffen, in sehr verschiedenen politischen Konstellationen als führende Kraft aufzutreten. Ein plakativer Begriff dafür ist die Systemrelevanz. Es kommt da dann sehr auf die „konkrete Analyse der konkreten Situation“ an, atemberaubende Wendungen werden möglich, wie am Beispiel der Energieende 2011 gut studiert werden kann.

Wenn solche Verfahren die politische Bühne beherrschen und sich darüber hinaus auch im tatsächlichen Regieren niederschlagen, wird die Scheidelinie zwischen Links und Rechts undeutlich. Nach wie vor lassen sich die politischen Ideen zwischen rechts und links verorten (etwa: repressiv – emanzipativ). Aber die urteilenden und handelnden Personen verorten sich nicht in diesem Spektrum, eher schon greifen sie fallorientiert auf Verfahrensvorschläge zurück, die sich dann allerdings auf diesem Spektrum recht genau verorten lassen, nämlich weg vom Bekenntnis. Diese Verschiebung in der Art des Urteilens führt in den politischen Vertretungskörperschaften zu einer parteiübergreifenden Verhandlungssituation.

Stehen die Personen „rechts“ oder „links“, sind sie zum Kampf verurteilt. Haben sie die Wahl, auf welches Verfahren sie im gegebenen Fall zugreifen, kommt Wettbewerb um die bessere Lösung vor. Dazu ist ein (ruhig auch stilles) Einvernehmen erforderlich, was denn „besser“ sei. Dieses stille oder auch vage beschworene Einvernehmen besteht tatsächlich, weil und soweit es in der öffentlichen Meinung den Katalog der guten Dinge gibt. So können sich Stil und Ziel der politischen Auseinandersetzung, weg von Kampf – Vernichtung, hin zu Wettbewerb – Problemlösung, weg von der Negierung von Ansprüchen – hin zu Fragen der Priorisierung, des Herauf- oder Herabstufens. Die Differenzen zeigen sich nicht systemisch, sondern am Fall.

Ein typisierbarer Unterschied zwischen „linken“ und „rechten“ Politikstilen bzw. Organisationen bleibt gleichwohl. Er ist tiefgreifend, weil er den Aufgabenkreis politischer Verbände, besonders der Parteien im Wettbewerb um Macht betrifft.

Für den Konservatismus ist die Erhaltung der bestehenden Ein-

richtungen die erste und vornehmste Aufgabe des Rechtsstaates. Veränderungsdruck auf die staatlich garantierten Einrichtungen (Gesetze wie Leistungspakete) entsteht in der sozialen Praxis, der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft, der Lebensgestaltung. Greifen solche Praxen um sich, finden sie politische Fürsprecher oder sogar Mehrheiten, kann der konservative Staatsfunktionär handeln. Zunächst jedoch hat der Status quo Priorität.

Im weiten Sinne linke Politik hingegen sieht die politische Macht selbst befugt, neue Praktiken zu platzieren und einer widerstrebenden Gesellschaft politisch nahezubringen. Das ist ein großer Unterschied, und er wird sich nicht einebnen, weil die ungleiche Verteilung der Mittel in der Gesellschaft dazu führt, dass Menschen, die durch erworbene oder auch ererbte Positionen gesellschaftlich einflussreich sind, neue Ideen durch eigenes Handeln in den gesellschaftlichen Raum tragen können, während die anderen dazu des Hebels der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und letztlich der politischen Organisation bedürfen, die ihre Hoffnungen aggregiert und artikuliert. Die linke Politik sollte dabei den Vorteil haben, gesellschaftliche Kooperationsbeziehungen zu festigen, die solidarische Lösung zu suchen ...

Die Dynamik im Alltagsleben

Wenn man sich gesellschaftliche Entwicklung als einen Prozess vorstellt, in dem gewisse Praktiken verstärkt, verfeinert, gestützt und gesichert werden sollen, während andere Veränderung nötig haben oder besser ganz verschwinden, liegt die Vermutung nahe, dass die Spannung zwischen konservativ-stabilisierender und kritisch-evolutionärer Weltsicht noch eine lange Weile bleiben wird. Es geht dabei nicht nur um individuelle Einstellungen, sondern eben auch um analytische Verfahren, die verbandlich gepflegt und entwickelt werden müssen.

Die linke Politik – in Richtung Emanzipation des Individuums verändernde Praxis – hat es schwer, sich gegenüber einem Konservatismus zu behaupten, der Offenheit für gesellschaftlich gewünschte Veränderungen beschwört (und in nicht unerheblichem Maße auch praktiziert).

Linke Kritik weiß nicht zu begründen, wieso irgendwas bleiben sollte, wie es vorgefunden ist. So ist z.B. der Ökologismus neben der klassischen linken Gesellschaftskritik entstanden. So kann, und das ist noch gravierender, die linke Kritik die Anstrengungen nicht würdigen, die nötig sind, um den einmal erreichten Standard zu halten. In der Reihe – Kampf um die öffentliche Meinung – Wahlen – Gesetzgebung – Haushalt – Leitung der Verwaltung / Regierung – steigert sich dieses Problem. Die linke Kritik hat es schwer zu definieren, was gute Verwaltung sei. „Good Governance“ ist nicht ohne Grund ein Fremdwort.

Wie könnte sich eine Beziehung denken lassen zwischen dem Streben nach Emanzipation, dem Kriterium linker Politik, und der Aufgabe, die Dinge am Laufen zu halten? Dazu folgendes Gedankenexperiment: Bei leidlich niedrigen sozialen Hürden des Zugangs zur Bildung und einigermaßen freier Wahl des Berufs ist die Entwicklung des Individuums auch „unter sonst gleichbleibenden Umständen“ von Dynamik, von freien und folgenreichen eigenen Entscheidungen geprägt. Damit gewinnt die Pfadabhängigkeit Relevanz, durch welche Entscheidungen nicht eben einfacher gemacht werden und was in der modernen Gesellschaft wiederum weitreichende Folgen aufgrund der Disposition des Individuums hat. Die Produktivität der Gesellschaft kann nur erhalten werden, wenn dem biologisch unvermeidlichen Stellenwechsel individuell dynamische Entwicklungsprozesse vorausgegangen sind. Die Personen entwickeln sich, und damit sie sich entwickeln können, müssen die Dinge am Laufen bleiben, und nur, wenn sich die Personen entwickeln, bleiben die Dinge am Laufen. Im Alltagsgeschäft der Reproduktion bilden sich Typen der Daseinsbewältigung aus, die z.B. solidarischen den Vorzug vor konkurrierenden Verfahren geben. Durch Bildungsangebote, Kultur der Kollegialität im Arbeitsleben usw. akkumuliert sich die Tendenz zur Lösung politischer

Probleme bzw. zur Hebung von politischen Chancen. Ein Prozess, der bei den Hoffnungen, die linke Politik auf Bildungsprozesse (im engeren Sinn) setzt, oft ausgesprochen wird, aber tatsächlich jede Art von Amtsführung, Verbandspolitik, Wahrnehmung von Vorgesetztenfunktionen usw. betrifft.

So ließe sich denn die reife Industriegesellschaft unserer Zeit als ein Paket von Einrichtungen begreifen, deren Reproduktion nötig ist, weil und soweit ihre Leistungen Gewährleistungen der emanzipierten Momente des Lebens sind. Der Einsatz für die Stabilisierung dieses Rahmens würde ehrenwert, der Erfolg in dieser Hinsicht wichtig für die Beurteilung von politischen Parteien, und der von ihnen in Mandate und Ämter gebrachten Menschen sein.

Linke Politik im Wettbewerb

Verändernde Praxis in Richtung Emanzipation hat ein methodisches Problem: Es fehlen ihr die Mittel, die Fortschreibung bewährter Praktiken zu begründen. Muss der gemäßigte Konservatismus mürrisch zugeben, dass sich diese oder jene Einrichtung – man weiß nicht wieso – überlebt hat, gibt die linke Kritik sprachlos zu, dass gewisse Praxen ausgeübt werden, weil sie nun mal da sind.

Wenn die Doktrin auf den Ausnahmezustand fixiert ist, wie das bei Lenin der Fall war, auf den sprichwörtlichen Moment, in dem die Herrschenden nicht mehr wie bisher weiter machen können und die Beherrschten dies nicht mehr wollen, wird sie leblos, sie versagt als leitendes Prinzip bei der Lebensgestaltung der Einzelnen wie bei der Wahrnehmung öffentlicher Ämter und Aufgaben. Die doktrinaire Parteipolitik kann das praktisch notwendige Handeln ihrer Funktionsträger nicht verstehen, nicht ausdeuten, und schon gar nicht leitend beeinflussen. Um-

gekehrt werden Erfolge, die im Sinne von Emanzipation bei der Wahrnehmung von Ämtern erzielt werden, nicht der Doktrin zugerechnet.

Nur selten und unter besonders bitteren Umständen kann es praktisch sein, das „Jetzt“ gänzlich zu verwerfen um einer anderen „Zukunft“ willen. Eine solche Situation bestand wahrscheinlich im 1. Weltkrieg, im Kampf gegen den Faschismus an der Macht und im Kampf gegen die Fortdauer von Kolonialismus. Man darf allerdings annehmen, dass die Akkumulation von „linker“ Kultur im Alltagsgeschäft dazu helfen kann, es gar nicht so weit kommen zu lassen, und falls unglückliche Umstände doch in solche Extremlagen führen, besser damit fertig zu werden. – Im Wettbewerb um die Gestaltung des Alltagslebens kann der solidarische, emanzipative Ansatz bestehen, weil er Punkte finden wird, in denen seine Gestaltungsideen praktikabel und mehrheitsfähig sind. Verständnis der Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung „unter sonst gleichbleibenden Umständen“ führt auch zu realistischer Beurteilung der Gefahr von Rückschlägen und Tendenzen zur Wiedererrichtung überwunden geglaubter Zumutungen von Herrschaft und Knechtschaft. In Verfolgung des Ziels emanzipativer und solidarischer Lösungen kann linke Politik ihre Punkte im Wettbewerb – und nicht im Kampf – mit anderen Richtungen machen, und im Verbund mit anderen demokratischen Wettbewerbern eine starke Abwehr gegen reaktionäre Gefahren und Tendenzen bilden.

Es ist schon eine wichtige Frage, ob man auf der politischen Skala davon ausgehen muss, dass es zwischen Reaktion hier und Fortschritt da eine scharfe Trennlinie gibt, oder ob zwischen den differierenden Traditionslinien des politischen Denkens bei fortbestehenden Bewertungsunterschieden Verständigungsprozesse möglich sind.

Martin Fochler

Kritik am politischen Konservatismus

„Konservativ“ — „ist gleich reaktionär“ — „ist gleich Feind“! So gehen gemeinhin die Assoziationsketten und die Reaktionsmuster links sozialisierten Denkens.

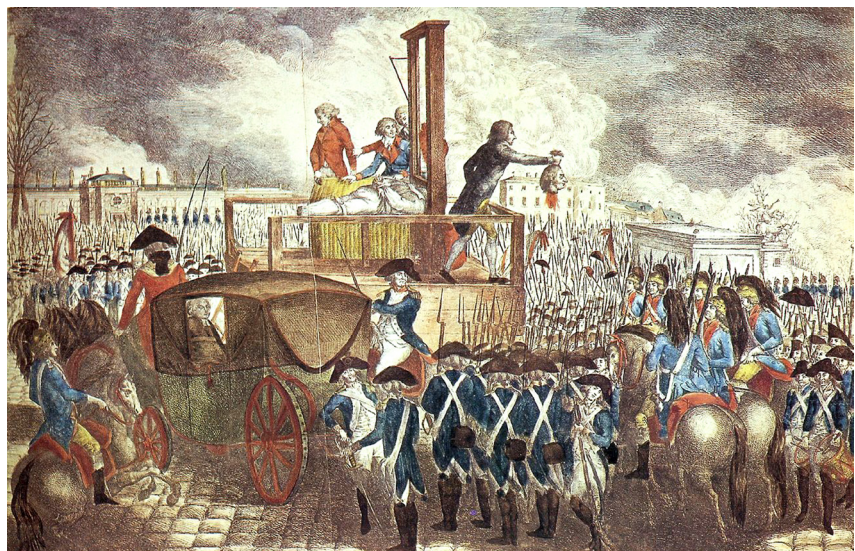
Warum macht sich dann ein linker Zusammenschluß wie die Bundesarbeitsgemeinschaft bei der LINKEN „Demokratie und soziale Befreiung“ mehrere Tage lang in der Winterschule in Erfurt die Mühe, sich ausgerechnet mit dem Konservatismus zu befassen? Erstens: Gründliche „Feindaufklärung“ ist immer notwendig, um sich selbst positionieren zu können. Sodann: Es muß geklärt werden, ob es richtig ist, mit dem Schema von „Freund / Feind“ dem Konservatismus gegenüber zu arbeiten. Die genauere geschichtliche Analyse wird zwar zeigen, daß der „Konservatismus“ allermeist auf der „anderen Seite der Barrikade stand“, wenn es um Emanzipation ging, wenn es galt gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, aber sie zeigt auch, daß „Konservatismus“ durchaus kein weltanschaulich und inhaltlich einheitliches Gebilde ist. Konservative beschreiben daher den „Konservatismus“ eher als „Haltung“ denn als Theorie. Für Sieg oder Niederlage fortschrittlicher Kräfte ist es deshalb entscheidend, welche Bündnisse in den Kämpfen der jeweiligen deutschen und europäischen Gesellschaften der Konservatismus mit wem einging.

Auch in der heutigen Zeit ist es für linke und emanzipatorische Handlungsfähigkeit und für das Eingreifen in die politische Debatte von großer Bedeutung, auf welche Richtung das konservative Lager einschwenkt: Stehen zum Beispiel die Kirchen in ihren Institutio-

nen traditionell eher zum Konservatismus nahe und neigen dazu, rassistische und nationalistische Positionen zu übernehmen oder stehen sie dem eher fern? Die Anschlußfähigkeit unserer eigenen Werte und Argumente in diesen Auseinandersetzungen muß geprüft werden. Andernfalls weiß am Ende die Linke zwar alles besser, aber keiner hört ihr zu, weil sie zum Gespräch nicht in der Lage ist.

Gegen die Französische Revolution

Die Begrifflichkeit des Konservatismus entwickelte sich in der kämpferischen Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution. Alle Warnungen vor den bösen Konse-



Der Horror aller frühen Konservativen: Die Französische Revolution; Hinrichtung Ludwig XVI. 1793 in Paris

quenzen der Aufklärung, die von liberalen Parteigängern zuvor als Fantasien überspannter Priester oder mißtrauischer Minister belacht worden waren, schienen sich mit den Pariser Ereignissen nach 1789 zu bewahrheiten. Künftig werden als „konservativ“ alle politischen und sozialen Theorien betrachtet, die die Revolution als widerrechtliche Aufhebung eines positiven Rechtszustandes bezeichnen, wie sie die herrschende Ordnung — damals z.B. Adel und Königtum — repräsentieren. Konservativ ist damit, wer die bürgerliche Emanzipation bereits im Ansatz ablehnt.

EDMUND BURKE (1729 – 1797) wurde berühmt durch seine Abrechnung mit der Französischen Revolution: „Reflections on the Revolution in France“ (1790). Seine Thesen wurden begeistert von konservativen Publizisten in Deutschland aufgenommen. Diese Revolution, die angetreten war unter der Vision von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, habe in ihrer Praxis zur Vernichtung von Religion, staatlicher Ordnung und Eigentum geführt. Sie habe ein Reich der Anarchie und Guillotine heraufgeführt. Diese Argumentation wurde von Burkes Übersetzer, FRIEDRICH VON GENTZ (1764 bis 1832), in der Schrift „Von dem politischen Zustande von Europa vor und nach der französischen Revolution“, auf Preußen übertragen. Dieses Land habe in den Jahren 1763 und 1789 außerordentliche Reform-Fortschritte aufzuweisen und sei zum Modell einer bewunderungswürdigen Kultur und bürgerlichen Freiheit geworden. Das alles werde durch Revolution zunichte gemacht.

Hinter dieser Position steht ein Denken, das die Kerngedanken der Aufklärung ablehnt. JEAN-JACQUES ROUSSEAU (1712 bis 1778) vertritt im „Contrat social“, der Mensch — wenn er nicht den sozialen Bindungen ausgesetzt wäre und frei von ihnen leben könnte — würde er immer das Vernünftige erkennen und das Gute tun. Edmund Burke lehnt diese Auffassung von der ursprünglichen Güte des Menschen und der grundsätzlichen Verderbtheit aller gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung ab. Burke ist geprägt von einem pessimistischen Menschenbild, deshalb müsse stets der Kampf immer an zwei Fronten geführt werden. Er verteidigt die Freiheit sowohl gegen den Mißbrauch der Macht als auch gegen den Mißbrauch der Freiheit selbst. „Es ist von großer Wichtigkeit in einem Gemeinwesen, nicht nur die Gesellschaft vor der Unterdrückung durch die Herrschenden zu bewahren, sondern den einen Teil der Gesellschaft gegen die Ungerechtigkeit des anderen Teils zu schützen.“

Eine ähnliche Haltung nahm JOHANN WOLFGANG VON GOETHE (1749 bis 1832) ein: Er lehnte die Französische Revolution rundweg ab. Sein ganzes Denken war auf Evolution, auf organisches Wachstum ausgerichtet. Eine Revolution, die mit der Vergangenheit radikal brechen wollte, konnte ihn daher nur abstoßen. Noch rund 35 Jahre nach der Revolution, am 27. April 1825, erklärt Goethe: „Ich hasse jeden gewaltsamen Umsturz, weil dabei ebensoviel Gutes vernichtet als gewonnen wird. Ich hasse die, welche ihn ausführen, wie die, welche dazu Ursache geben.“

„Konservativ“ — gegen die Verfassung

Ab 1847 wird die Kennzeichnung „konservativ“ zur Charakterisierung der Parteigänger des preußischen Hofes benutzt. In seiner Eröffnungsrede zur Sitzung des Vereinigten Landtags hatte der KÖNIG FRIEDRICH WILHELM VI. unmißverständlich alle Forderungen nach einer parlamentarisch beschlossenen Verfassung, einer „echten Konstitution“, abgelehnt. Getreu seiner Auffassung vom „christlichen Staat“ erklärte er, daß kein beschriebenes Blatt Papier — damit war die Verfassung gemeint — zwischen ihm und sein Volk eindringen dürfe. Aber allein die Tatsache, daß bei aller Repression immerhin eine öffentliche Diskussion der von liberaler Seite vorgebrachten Forderungen möglich war, zwang die Konservativen dazu, auch selbst öffentlich zu argumentieren. So begann im Ersten Vereinigten Landtag am 17. Mai 1847

die Karriere des OTTO VON BISMARCK (1815 bis 1898), der sich in seiner parlamentarischen Jungferrede mit unverfrorener Demagogie gegen alle konstitutionellen Ansprüche stellte. Mit seinem radikal königstreuen Standpunkt machte er sich fortan einen Namen als unerschrockener Kämpfer gegen die Liberalen und ganz besonders als strikter Gegner jeglicher Juden-Emanzipation.

Der Übergang der konservativen Bewegung zur organisierten politischen Partei vollzog sich in der Kampagne zur Wahl der zweiten Kammer des preußischen Abgeordnetenhauses 1849. Die hauptsächlichlichen Strömungen des preußischen Konservatismus meldeten sich publizistisch in der „Kreuzzeitung“ und im „Preußischen Wochenblatt“ zu Wort. An erster Stelle forderten sie die „Einigkeit unseres deutschen Vaterlandes“, doch keinesfalls auf dem Weg, den damals Italien ging. Vielmehr sollte sie „die Einigung unserer Fürsten und Völker und in der Festhaltung an Obrigkeit und Recht“ bestehen. Preußen dürfe nicht „untergehen in dem Schmutz einer deutschen Republik; kein Kronenraub und Nationalitätenschwindel“. Der zweite Programmpunkt galt dem Festhalten an den inneren Verhältnissen: „Keine Beseitigung des christlichen Fundaments und der geschichtlich bewährten Elemente unserer Verfassung ... und keine Beseitigung des christlichen Fundaments und der Schwächung der Armee...“ Ebenso „kein parlamentarisches Regiment und keine konstitutionelle Ministerverantwortlichkeit; persönliches Königtum von Gottes und nicht der Verfassung Gnaden; kirchliche Ehe, christliche Schule, christliche Obrigkeit; keinen Vorschub leisten der immer weiter um sich greifenden entsetzlichen Nichtachtung göttlicher und menschlicher Ordnung“. Schließlich: „Schutz und Wertachtung der ehrlichen Arbeit, jedes Besitzes, Rechts und Standes“.

Die „soziale Frage“ — mit Zuckerbrot und Peitsche

Etwa ab dem Jahre 1874, einer Phase, die damals als die zweite, die „innere“ Reichsgründung bezeichnet wurde, sah sich die Partei „Deutsche Konservative“ vor die Aufgabe gestellt, unter dem Banner christlicher Sittlichkeit gegen schrankenlose liberale Freiheit und sozialistische Verführer aufzutreten. Gleichermaßen sah sie ihre Pflicht darin, die Monarchie durch eine „kräftige, obrigkeitliche Gewalt“ zu schützen. Es war nicht mehr die Rede war von Preußen, sondern vom Deutschen Reich. Und der konfessionelle Gegensatz bestimmte nun nicht mehr die innere Politik, — der „Kulturkampf“ mit der katholischen Kirche war bereits abgeflaut — sondern die Sozialdemokratie: Sie wurde zum verhassten Reichsfeind Nummer eins.

Die Wahlergebnisse der Konservativen Parteien waren nicht berauschend. So suchten sie, gegen die „regierungsfromme Honoratiorenpolitik“, dies Manko durch Aufnahme antisemitischer Aussagen 1892 in ihre Programmatik wett zu machen. Ein „modernisierter Konservatismus“ sollte sich dem „anti-kapitalistisch aufgeladenen Antisemitismus“ öffnen, damit die Deutsche Konservative Partei zur Volkspartei werde. HEINRICH VON TREITSCHKEs (1834 bis 1896) Aussage von 1879: „Die Juden sind unser Unglück!“ gehörte bald zur öffentlichen Diskussion.

Zugleich war allgemein klar geworden, „nicht Bajonette, nicht Polizisten“ würden gegen die Gefahr der sozialdemokratischen Agitation helfen. So konnte man die „soziale Frage“ nicht lösen. Die katholisch-konservative Zentrumsparterie empfahl den versöhnenden Einfluß der Religion. Mit den karitativen Werken der Kirche und der für damalige europäische Verhältnisse großzügigen staatlichen Sozialgesetzgebung könne das Problem gelöst werden und eine ausreichende Fürsorge für die Arbeiter garantieren. Die andere Arbeit sollten die Sozialistengesetze leisten. Aber diese Strategie von Zuckerbrot und Peitsche erreichte ihr Ziel nicht, den Sumpf der „Sozialdemokratie trocken zu legen“.



Staat und Kirche,
konfrontiert mit der
Sozialen Frage.

„Der Streik“,
Robert Koehler, 1886

Der Papst und die Subsidiarität

Mit der päpstlichen SOZIALENZYKLIKA „Rerum novarum“ (1891) sprach die katholische Kirche nicht nur allgemein große Teile der katholischen Arbeiterschaft z.B. im Ruhrgebiet an. Diese neu katholische Soziallehre eröffnete in diesen Jahren der staatspolitischen Machtlosigkeit der Weltkirche mit dem Gedanken des Subsidiaritätsprinzips frische offensive Handlungsmöglichkeiten. Italienische Truppen hatten am 20. September 1870 den Vatikan in Rom als letzte Bastion des Kirchenstaates eingenommen und in den seit 1861 bestehenden Nationalstaat Italien integriert. Jetzt mußte sich die Kirche vor allem ideologisch neu einmischen.

Der Papst schreibt in der Enzyklika: „Es ist notwendig, daß die Vereinigungen der Arbeiter sich nach den neuen Verhältnissen einrichten. Sehr erfreulich ist es, daß in unserer Zeit mehr und mehr Vereinigungen jener Art entstehen, sei es, daß sie aus Arbeitern allein oder aus Arbeitern und Arbeitgebern

sich bilden, und man kann nur wünschen, daß sie an Zahl und an innerer Kraft zunehmen. Obgleich WIR schon wiederholt von den Arbeitervereinen gesprochen haben, wollen WIR doch an dieser Stelle eingehender ihre Zeitgemäßheit und Berechtigung darlegen, indem WIR damit das Nötige über ihre Einrichtung und die von ihnen festzuhaltenden Ziele verbinden. Es ist die Beschränktheit der eigenen Kräfte, die den Menschen stets von selbst dazu antreibt, sich mit andern zu gegenseitiger Hilfe und Unterstützung zu verbinden. „Es ist besser, daß zwei zusammen

seien, als daß einer allein stehe; sie haben den Vorteil ihrer Gemeinschaft. Fällt der eine, so wird er vom andern gehalten. Wehe dem Vereinzelten! Wenn er fällt, so hat er niemand, der ihn aufrichtet“. So das Wort der Heiligen Schrift. Und wiederum: „Der Bruder, der vom Bruder unterstützt wird, ist gleich einer festen Stadt“. Wie also dieser natürliche Zug zur Gemeinschaft den Menschen zum staatlichen Zusammenleben führt, so treibt er ihn auch zu den verschiedensten Vereinigungen mit andern Menschen. Wenngleich es nur kleine und keine vollkommenen Gesellschaften sind, die durch solche Vereinigungen entstehen, so sind es doch wahre Gesellschaften. Zwischen ihnen und der großen staatlichen Gesellschaft besteht ein mannigfacher Unterschied. Der Zweck des Staates umfaßt alle Einwohner, denn er geht auf die allgemeine öffentliche Wohlfahrt, deren Vorteile alle zu genießen das Recht haben; und der Staat wird eben darum als das ‚Gemeinwesen‘ bezeichnet, weil in demselben, um mit dem HL. THOMAS zu sprechen, ‚die Menschen sich vereinigen, um eine Gemeinschaft zu bilden‘. Jene Gesellschaften hingegen, die sich im Schöße des Staates bilden, heißen private, weil ihr nächster Zweck der private Nutzen, nämlich der Nutzen ihrer Mitglieder, ist. ‚Eine private Gesellschaft‘, sagt der HL. THOMAS, ‚ist jene, welche ein privates Ziel verfolgt; eine solche ist z. B. vorhanden, wenn zwei oder drei sich zur Durchführung eines Handelsgeschäftes verbinden‘. ... Wenngleich nun diese privaten Gesellschaften innerhalb der staatlichen Gesellschaft bestehen und gewissermaßen einen Teil von ihr bilden, so besitzt der Staat nicht schlechthin die Vollmacht, ihr Dasein zu verbieten. Sie ruhen auf der Grundlage des Naturrechtes; das Naturrecht aber kann der Staat nicht vernichten, sein Beruf ist es vielmehr, dasselbe zu schützen. Verbietet ein Staat dennoch die Bildung solcher Genossenschaften, so handelt er gegen sein eigenes Prinzip, da er ja selbst, ganz ebenso wie die privaten Gesellschaften unter den Staatsangehörigen, einzig aus dem natürlichen Trieb des Menschen zu gegenseitiger Vereinigung entspringt. ...“ Der Terminus der Subsidiarität selbst taucht hier noch nicht auf. Erst 40 Jahre später präzisiert die Enzyklika „Quadragesimo anno“ diesen Begriff: „... Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär ...“ Heute ist der Gedanke der Subsidiarität selbst im europäischen Verfassungsrecht allgegenwärtig. Für die Umsetzung dieser päpstlichen Idee schuf sich der politische Katholizismus damals mit dem „Volksverein für das katholische Deutschland“ eine



Postkarte der SPD. Die SPD wurde 1912 stärkste Fraktion. In Anspielung auf die Sagenfigur „Siegfried der Drachentöter“ erscheint nach der Reichstagswahl 1912 der „rote Siegfried“, der den „konservativen Drachen“ zur Strecke gebracht hat.

► Massenorganisation. Gewerkschaften waren nicht mehr grundsätzlich des Teufels. Christlich geprägte Arbeiterinnen und Arbeiter sollten, möglichst unter katholischer Führung, gegen die gottlose Sozialdemokratie mobilisiert werden.

Nach der Wende zum 20. Jahrhundert war konservative Parteipolitik davon bestimmt, alle Tendenzen außenpolitischer Mäßigung und innenpolitischer Liberalisierung energisch zu bekämpfen. Sie formulierte in ihrem Wahlaufuf 1906: „Wir Konservativen aber können und werden die Reichsregierung nicht im Stich gelassen in ihrer Aufgabe, des Vaterlandes Ehre, Macht und nationale Würde zu wahren und durchzusetzen, sei es zum Schutze des deutschen Reiches selbst, sei es zu dem seiner teuer erkaufen, mit dem Blute zahlreicher Söhne unseres Landes tapfer verteidigten Kolonien!“ Zur Sozialpolitik wurde gesagt, man unterstütze zwar eine „gesunde Sozialpolitik“, verlange aber ihre „einfachere, billigere und bessere Ausgestaltung unter größerer Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes und unter Erhaltung der Lebensfähigkeit und des Gedeihens nicht bloß der Arbeiter, sondern auch der Arbeitgeber.“

Ausgeträumt der deutsche Kaiser-Traum

„Der deutsche Kaiser-Traum ist ausgeträumt, des Deutschen Reiches Herrlichkeit und Weltstellung ist vernichtet“, schrieb die Kreuzzeitung am 9. November 1918. Abscheu vor dem revolutionären Pöbel, Trauer über das Ende der glanzvoll strahlenden Monarchie, Verstörung und Angst vor einer Zukunft, die offensichtlich dem sozialistischen Reichsfeind gehörte, prägte die Tage des Aufstandes der Kieler Matrosen. Schon im letzten Kriegsjahr hatten die Deutschen Konservativen damit begonnen, ihr Programm zu modernisieren, um die Grundlage für eine konservative Sammlung nach dem Krieg zu schaffen. Bereits am 24. November 1918 publizierte die Kreuzzeitung den Gründungsaufuf der Deutschnationalen Volkspartei. Man gab die Versicherung ab, daß man „in jeder durch die Nationalversammlung geschaffenen Staatsform für das Wohl des Vaterlandes mitarbeiten werde“. Im Vordergrund stand die Bewahrung der „Seele unseres Volkes vor der Zerstörung der christlichen, sittlichen und nationalen Kräfte in Gesellschaft, Schule und Familie“, gegen die „Erkrankung seines Leibes durch Kommunismus und Vernichtung durch den Bolschewismus!“

Die soziale Struktur dieser neu gegründeten konservativen Partei bestand nun nicht mehr vorrangig aus Menschen adeligen Geblütes, Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen. Zunehmend war sie vom städtischen und bäuerlichen Mittelstand sowie Akademikern und evangelischen Geistlichen bestimmt. Unter den mittleren Funktionären gab es viele ehemalige Berufsoffiziere. Es war gelungen, eine große Zahl von „gelben“, d.h. wirtschaftsfreundlichen evangelisch sozialen Gruppierungen in die Partei zu integrieren, die dann z.B. immer gegen Streiks auftraten. Noch mehr profitierte diese Partei vom Zugang zu vielen regionalen Zeitungen und der Unterstützung durch den von ihrem späteren Parteiführer Alfred Hugenberg geleiteten Medienkonzern.

Für die protestantischen Kirchenstrukturen und ihrem Personal brach nach 1918 eine Welt zusammen. Sie, die aufs Engste mit den gestürzten staatlichen Strukturen verbunden gewesen waren, standen im wahrsten Sinne des Wortes kopf-

los da: der jeweilige Landesherr war ihr Oberster Bischof gewesen, der landeskirchliche Verwaltungsapparat in der Regel im jeweiligen Innenministerium angesiedelt. Ihr Haß auf die Weimarer Republik hatte hier ihre Ursache und trieb sie direkt in die Arme von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Besonders groß war die Begeisterung für den Nationalsozialismus in den lutherischen Landeskirchen. In der Osterbotschaft des evangelischen Oberkirchenrates von Altpreußen vom 16. April 1933 hieß es: „Mit allen evangelischen Glaubensgenossen wissen wir uns eins in der Freude über den nationalen Aufbruch der tiefsten Kräfte unserer vaterländischen Nation zu nationalem Bewußtsein, echter Volksgemeinschaft und religiöser Erneuerung. In der Überzeugung, daß die Erneuerung von Volk und Reich nur von diesen Kräften getragen und gesichert werden kann, weiß sich die Kirche mit der Führung des neuen Deutschlands dankbar verbunden. Sie ist freudig bereit zur Mitarbeit an der nationalen unsittlichen Erneuerung unseres Volkes.“ In der lutherischen Landeskirche von Braunschweig trat z.B. im ersten Halbjahr 1933 ein Drittel aller Pfarrer in die NSDAP ein. Am 23. Juli 1933 fanden überall in den Landeskirchen Wahlen statt. Die Gruppe der Deutschen Christen (DC), die sich selbst gerne als „SA Jesu Christi“ bezeichnete, konnten fast überall die Mehrheit und damit die Kontrolle über mehrere Landeskirchen gewinnen.

Anders beim politischen Katholizismus: Für Bismarck war die Katholische Kirche die „schwarze Internationale“ gewesen, die ihre Befehle vom Papst in Rom empfing und letztlich nicht loyal zum Deutschen Reich gestanden hatte. Ihre organisatorische Verbindung mit dem staatlichen Apparat des Kaiserreiches war längst nicht so eng, wie bei ihren protestantischen Brüdern. Die katholischen Bischöfe, die strukturell durch das Verschwinden der Monarchie 1918 kaum etwas verloren hatten, erklärten nun, sie wollten sich in die neue Republik „hineinbegeben“ und sich nicht verweigern, wie ihre protestantischen Kollegen. Sie agierten in ihrem Sinne nicht schlecht: Hatten sie doch eine reichsweite Regelung des Kirchensteuerrechts 1919 in der Weimarer Reichsverfassung durchsetzen können.

In diesen Jahren entwickelte auch der Rechtsgelehrte CARL SCHMITT (1888 bis 1985), einer der bekanntesten Theoretiker der Konservativen, eine Politik- und Staatstheorie, die für konservatives Denken die willkommene geistige Brücke zum Faschismus schlägt. Mit seiner These von der „Abkünstigkeit zentraler staats-theoretischer Begriffe aus der Theologie“ schaffte er in seiner „Politischen Theologie“ von 1922 das geistige Familiengefühl hin zum diesem Milieu:

„Alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre sind säkularisierte theologische Begriffe“. Und er fügte hinzu: „Nicht nur ihrer historischen Entwicklung nach, weil sie aus der Theologie auf die Staatslehre übertragen wurden, indem zum Beispiel der allmächtige Gott zum omnipotenten Gesetzgeber wurde, sondern auch in ihrer systematischen Struktur, deren Erkenntnis notwendig ist für eine soziologische Betrachtung dieser Begriffe.“ Zehn Jahre später ist dann der geistige Schulteranschluß vollzogen. Die zentrale Aussage in seinem Buch „Der Begriff des Politischen“ (1932) lautet: „Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die poli-



Konservatismus für das Kaiserreich: „Der Untertan“, Film von Herrmann Staudé, 1952, nach dem Roman von Heinrich Mann, 1912. Dargestellt von dem Schauspieler Werner Peters

tischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.“ Für Carl Schmitt ist Prüfstein jeder Politik der Krieg als der Ernstfall — bin hin zur „physischen Tötung“ des Feindes —, auf den hin jede sich selbst ernst nehmende Politik sich zu orientieren habe. Kritik an diesem antihumanitären Denken wird von ihm gebrandmarkt als unrealistische Phantasterei oder Betrug. Für Carl Schmitt ist der politische Liberalismus der „Feind“ schlechthin. Habe ein Volk „... nicht mehr die Fähigkeit und den Willen zu dieser (Freund/Feind) Unterscheidung, so hört es politisch auf zu existieren ...“ und „stellt sich nach Lage der Sache auf die Seite des Feindes.“

Der Konservatismus wird „demokratisch“

Ein neues Kapitel mußte der Konservatismus nach der Zerschlagung des Faschismus ab 1945 aufschlagen. Hatten es die politischen Eliten 1919 noch relativ leicht gehabt, wieder in die alten Machtpositionen einzutreten, so traten für sie erst ab Beginn des Kalten Krieges, der Gründung der Bundesrepublik und dem „Entnazifizierungsschlußgesetz“ von 1951 wieder „normale Zustände“ ein.

Der deutsche Konservatismus, belastet durch die Blamage seines Bündnisses mit dem Faschismus, hatte ungleich größere Anpassungsleistungen zu erbringen als nach dem Ersten Weltkrieg. In der Selbstbeschreibung wird dieser Wandel oft als „demokratischer Konservatismus“ dargestellt. Oft kann man in der Forschung lesen, es sei in diesen Jahren nach der Niederlage von Nazi-Deutschland „merkwürdig still“ um den Begriff des Konservatismus geworden. Konservative gaben sich auffallend antiideologisch und pragmatisch. Man griff ein traditionelles Moment konservativer Selbstdarstellung auf, das seit dem 19. Jahrhundert immer als Grundmuster konservativen Argumentierens vorhanden war: Der Konservatismus habe den Anspruch, gegen die künstliche, ideologische Beeinflussung nur den natürlichen Gesetzen Gottes beziehungsweise denen der Geschichte zu folgen. HANS MÜHLENFELD schreibt in einem Buch 1952, „Politik ohne Wunschbild. Die konservative Aufgabe unserer Zeit“: ohne das Auftreten und Vorhandensein der Ideologien gäbe es keinen Konservatismus; aus dem Ideologischen erwachse als Gegenschlag das konservative Selbstverständnis.

Der konservativen Anpassung an die neuen Verhältnisse nach dem Kriege dient die Rückbesinnung auf die christliche Religion. Galten die Kirchen doch nach dem Zweiten Weltkrieg vielen Deutschen, aber vor allem den Siegermächten, als die einzigen Institutionen, die moralisch sauber durch das Dritte Reich gekommen seien. Die attraktive Schlußfolgerung aus der Übereinstimmung von kirchlicher Welterklärung und konservativem Denken war leicht gezogen: Wenn man die Ursache des „Unglücks“ kannte, das im Dritten Reich über das deutsche Volk gekommen sei, nämlich den „Abfall von Gott“ seit Anbeginn der Neuzeit, dann wußte man auch den allein gangbaren Weg zur Besserung, nämlich die „Christianisierung des Volkes“. Es bedurfte daher auch keiner konkreten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Denn mit dieser Deutung war er auch kein allein deutsches Phänomen mehr. Alle abendländischen Völker hätten den Weg der Säkularisierung beschritten. So stünden sie auch vor der gleichen Bedrohung. Aber nicht vor dem Neuerstehen des Nationalsozialismus oder des Faschismus, sondern vor der des „Einbruchs der Dämonen in eine gottlose Welt“. Und um zu wissen, aus welcher Himmelsrichtung diese Bedrohung käme, brauchte man seine Augen nur nach Osten zu wenden.

Quellen: Hans Mühlendorf: „Politik ohne Wunschbild. Die konservative Aufgabe unserer Zeit“, München 1952. Hans Barth: „Der konservative Gedanke“, Stuttgart 1958, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Hrsg.: „Texte zur katholischen Soziallehre“, Kevelaer 1982. Axel Schildt, „Konservatismus in Deutschland“, München 1998. Sven-Uwe Schmitz, „Konservatismus“, Wiesbaden 2009. Klaus von Beyme, „Konservatismus“, Wiesbaden 2013. Horst Dreier: „Säkularisierung und Sakralität“, Tübingen 2014

Für die Winterschule wurde ein umfangreiches Materialheft erstellt. Es liegt als eBook vor und kann angefordert werden über Karl-Helmut.Lechner@wt.net.de

Katholischer Konservatismus — antifaschistisch, antipreußisch, europäisch

Die viel zitierte „Stunde der Kirchen“ nach 1945 war in Wirklichkeit die Stunde der hoch gestimmten katholischen Kirche. Da sie, anders als die Evangelischen, aufgrund ihrer Verfaßtheit und Struktur, kaum durch direkte personelle Verstrickung mit dem Dritte Reich belastet war, verfügte sie über ein besonders hohes moralisches Ansehen. Eine Debatte über das Konkordat der Katholiken mit Nazi-Deutschland, das selbstredend weiterhin bindend war, und um die Rolle des dafür verantwortlichen Papst Pius XII. gab es damals nicht. Diese amtskirchlichen Erklärung der Weltläufe und die Interpretation der verwerflichen Säkularisierung als Ursache allen Übels verschaffte der Kirche zusätzliche Autorität. Katholische Publizisten knüpften eine Kausalkette von der Reformation über Friedrich den Großen, Bismarck und Wilhelm II., in dessen Reich der Materialismus bereits geherrscht habe, bis hin zu Hitler. Vor allem im west- und süddeutschen katholischen Raum fielen antipreußische Appelle zur Besinnung auf das von Rom geführte christliche Abendland in einem supranationalen Europa auf fruchtbaren Boden. Der katholische Konservatismus versuchte sich in dieser Weise als konsequente antifaschistische, antipreußische und föderalistische Kraft zu profilieren.

Prominente protestantisch-konservative Protagonisten der Säkularisierungsthese waren die Theologen WALTER KÜNNETH und HELMUT THIELICKE. Sie toppten diese Sicht auf die Geschichte in der ihnen eigenen Art und machten bürgerlichen Liberalismus, Marxismus und den Individualismus Nietzsches für den Weg zum Nationalsozialismus verantwortlich. Auf die Anklagebank der Geschichte wurde nun die „Masse“ gesetzt. Immer wieder wird der Abfall von Gott, das übermäßige Vertrauen in die moderne Technik und als deren Resultat die Entfremdung des Menschen in der „Massengesellschaft“ beklagt. Der „Verlust der Mitte“ des „Massenmenschen“ wurde zum beliebten Erklärungsmodell aller gesellschaftlichen Probleme. Die scheinbare Plausibilität und die Wirkungsmächtigkeit solcher Deutungsmuster beruhte nicht zuletzt auf den schlechten Erfahrungen des konservativ gestrickten Bürgertums und weiter Teile der Bevölkerung mit dem Marschtritt der braunen Kolonnen und der von der Nazi-Propaganda inszenierten Massenbegeisterung. Zum neuen geistigen Fluchtpunkt solcher Deutungen des säkularisierten Massenwahns war nun der unideologische, politisch-pragmatische Anti-Totalitarismus geworden. Vehement wurde von kirchlicher Seite sehr früh Kritik an der Entnazifizierung laut; das paßte gut zur selbst gewählten Rolle der Kirche als Anwältin des in sündige Not geratenen deutschen Volkes, das seine Mitte verloren hatte.

Die neuen „Wertkonservativen“

Der Übergang zur Kanzlerschaft von HELMUT SCHMIDT im Jahr 1974 erhöhte die Chancen für eine Erneuerung der konservativen Sprache und des konservativen Denkens. In jenen Jahren gewann der Begriff „konservativ“ plötzlich neue Kraft durch sein Erstarken in den USA und in Großbritannien. Die Sozialdemokratie in der BRD machte sich dieses Denken zu eigen. Helmut Schmid verstand sich als „ausdrücklich als konservativ“. Wenig später entdeckte sein innerparteilicher Gegenspieler, Erhard Eppler, sein Herz für das „Wertkonservative“. Ein Begriff war geboren der seit Gründung der Partei die Grünen im Jahre 1980 in der Welt ist.

Karl-Helmut Lechner

Evolutionstheorie: Niklas Luhmann – oder wie verändert sich Gesellschaft

„Gesellschaft ist das Ergebnis von Evolution.“ Mit dieser folgenschweren Behauptung beginnt Niklas Luhmann das Kapitel 3 „Evolution“ in der 1150 Seiten umfassenden Abhandlung „Die Gesellschaft der Gesellschaft“. Ausgehend von der Feststellung, dass es „heute keine andere Theorie gibt (gemeint ist die Systemtheorie Anm. d.Verf.)“, die den Aufbau und Reproduktion der Strukturen des Sozialsystems der Gesellschaft erklären könnte“, befasst sich Luhmann mit folgender These:

„Die Unwahrscheinlichkeit des Überlebens isolierter Individuen oder auch isolierter Familien wird transformiert in die (geringere) Unwahrscheinlichkeit ihrer strukturellen Koordination, und damit beginnt die soziokulturelle Evolution. Die Evolutionstheorie verlagert das Problem in die Zeit und versucht zu klären, wie es möglich ist, dass immer voraussetzungsreichere, immer unwahrscheinlichere Strukturen entstehen und als normal funktionieren.“

Dies entspricht mannigfacher Erfahrung und widerspricht den Theorien über Gesellschaftsentstehung und -entwicklung, die von einer naturgesetzlichen Zwangsläufigkeit oder gar Vorbestimmtheit ausgehen. Luhmann widerspricht einer Deutung von Evolution, die behauptet, Evolution sei „zielstrebig“ oder es stünde gar eine Absicht hinter Evolution. Auch seien es keine „Rationalitätsvorteile“, die als Triebkraft oder Erklärung für Evolution dienen könnten. Es sei kein empirisch verifizierbares Gesetz, das hinter der Zunahme von Komplexität stecke. „Vielmehr nimmt man an, dass die Evolution sich rekursiv verhält, das heißt dasselbe Verfahren iterativ auf die eigenen Resultate anwendet.“

Wie genau dieses Verfahren ist, weshalb sich dieses Verfahren und damit die evolutionäre Anpassung der Systeme an ihre Umwelt überhaupt ereignet, ist Gegenstand des Auszuges aus dem o.e. Kapitel, das wir eigentlich in der Winterschule behandeln wollten und das hier in kurzen Zügen vorgestellt werden soll.

Die Evolutionstheorie erklärt Evolution nicht als kausalgesetzlich, sondern als geschichtlich einmalig. „Evolution ist gleichsam eine Theorie des Wartens auf nutzbare Zufälle, und dies setzt zunächst einmal voraus, dass es bestands- und/oder reproduktionsfähige Systeme gibt“. In der Unterbrechung von zeitlich engen „Bindungen zwischen Umweltzuständen und Systemzuständen“ sieht Luhmann eine weitere Voraussetzung für Evolution. Die Unterbrechung geschieht durch „Nein“ in der Kommunikation, damit entsteht ein Raum verschiedener Möglichkeiten – Variation –, und es entsteht ein Druck, auszuwählen, zu verwerfen – Selektion.

Im ausgewählten Text (Kapitel 3.1.) folgt nun eine anschauliche Beschreibung klassischer Theorien zur Erklärung gesellschaftlicher Entwicklung: die Schöpfungstheorie, die als Ursache den Schöpfergott und als Wirkung die Welt sieht, oder auch die aristotelische Theorie der natürlichen Endzwecke; die Fortschrittstheorie, „Evolutionäre Errungenschaften“, die sich „keiner bewertungskonsistenten Fortschrittslinie zuordnen lassen“; und die Entwicklungstheorie: „die Einheit der Gesellschaftsgeschichte wird als Unterscheidung von Epochen rekonstruiert, und was nicht hinein passt, wird mit dem Anomalien absorbierenden Begriff der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen angegliedert“; und die Vorstellung der Geschichte als Prozess, wie sie ihre „verbindliche Form in der Geschichtsphilosophie Hegels gefunden hat“: „Der Geist bewegt sich mit Hilfe seiner Fähigkeit des Unterscheidens bis hin zu seiner „absoluten“ Endform des Sich-in-sich-Unterscheidens.“ Luhmann dazu: „Zu dieser (Hegels, Anm.d.Verf.) geschlossenen Form hat es seitdem nie wieder eine Theorie gebracht, und alle Späteren müssen sich folglich davon unterscheiden.“ Das ganze basiere darauf, dass das Prinzip des Werdens „Geist“ sei, welcher sich nur anreichere, nichts auslösche. Hegels Perfektion läge darin, „dass am Ende nur noch das Ausschließen ausgeschlossen ist, und dann ist alles Mögliche wirklich geworden.“

„Implizierter Konservatismus“ – die sozialwissenschaftliche Debatte um de

Textvorlage: Jürgen Beyer, „Pfadabhängigkeit. Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel“

Es macht meines Erachtens Sinn, die zweite Literatur, zu deren Befassung in der Winterschule es nicht gereicht hat, direkt im Kontext mit der Evolutionstheorie zu betrachten: Wachsende Komplexität unserer Gesellschaft – die der Evolution geschuldet ist – und der Strukturen geht einher mit Zunahme an Wahlmöglichkeiten, an Entscheidungsoptionen. Der Begriff „Kontingenz“ drückt diesen nicht trivialen Sachverhalt aus: „Kontingenz ist etwas, was weder notwendig ist noch unmöglich ist; was also so, wie es ist (war, sein wird), sein kann, aber auch anders möglich ist. Der Begriff bezeichnet mithin Gegebenes (zu Erfahrendes, Erwartetes, Gedachtes, Phantasiertes) im Hinblick auf mögliches Anderssein; er bezeichnet Gegenstände im Horizont möglicher Abwandlungen.“ [Niklas Luhmann: Soziale Systeme, 1984, S. 152, Luhmann 1993 (4).1] (zitiert nach Wikipedia)

Jede Entscheidung für das Eine und gegen das Andere birgt in sich erstens immer die nagende Option, dass genau der nicht gewählte Weg der bessere gewesen wäre, wie auch zweitens die Tendenz der ständigen Überforderung. Denn ist die Entscheidung erst einmal gefallen, tut sich ein Pfad auf, der zwar wieder zu neuen Kreuzungen (Wahlmöglichkeiten) führt, aber an sich erst einmal festliegt. In den Sozialwissenschaften hat sich dafür der Begriff der „Pfadabhängigkeit“ etabliert, und er wird m.E. ziemlich inflationär benutzt. Die triviale

Vorstellung von „eins führt zum anderen“ als „Pfad“ zu verstehen, trifft die Sachlage nicht ganz, oft wird der Begriff aber so verwendet, vor allem im Rückblick auf Geschehnisse. Die Sozialwissenschaften, die den Begriff aus wirtschaftlichen Kontexten übernommen haben, untersuchen nun u.a. Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen der Wahl, dem Pfad, den verstärkenden und abschwächenden Faktoren, der Rückkopplung und der Pfadumkehrmöglichkeiten. Jürgen Beyer weist in seinem auf eine „Gefahr des impliziten Konservatismus“ in den Sozialwissenschaften hin, die „viele als zu kohärent und in sich stabil“ wahrnimmt, „weil fundamentale Veränderungen schon vorab nicht als Regel, sondern als reine Ausnahmefälle konzipiert werden ... die Möglichkeiten des Wandels unterschätzt und Stabilitäten überschätzt werden.“ Er hinterfragt kritisch (seine Worte) „die vermeintlich allgemeine Stabilitätsneigung pfadabhängiger Prozesse“ und weist auf ein Problem in der Begründung von Pfadabhängigkeiten hin: es seien unterschiedliche Mechanismen wirksam, wenn von Pfadabhängigkeit die Rede sei. Es sei Aufgabe der empirischen Forschung, die Mechanismen zur Kontinuitätssicherung zu identifizieren. Besonders in Blick nimmt Beyer institutionelle Kontinuitäten, mit Blick auf die Einschätzung, dass Institutionen als materiell gewordene Pfade betrachtet werden.

„Alle posthegelianischen Theorien müssen deshalb nicht Ausschluss des Ausschließens vorsehen, sondern den Einschluss des Ausschließens.“ Die Evolutionstheorie unterscheidet im Gegensatz zu den bisherigen Theorien nicht Epochen, sondern „Variation, Selektion und Restabilisierung“. „Sie erklärt damit ... die Entstehung der Wesensformen und Substanzen aus dem Akzidentiellen (dem Zufälligen, Anm.d.Verf.). Sie löst die Ordnung der Dinge von jeder Bindung an einen Ursprung, an einen formgebenden Anfang ab.“

Damit kann man jetzt fragen, „unter welchen Bedingungen sich Mechanismen der Variation und Mechanismen der Selektion trennen und sich daraufhin durch einen Beobachter unterscheiden lassen“. Der Trennstrich zwischen „Variation“ und „Selektion“ ist der Zufall, mit anderen Worten „die Negation jedes systemischen Zusammenhangs der evolutionären Funktionen. Man kann demnach nicht wissen (nicht beobachten), ob Variationen zur positiven oder negativen Selektion der Neuerung führen; und ebenso wenig, ob eine Restabilisierung des Systems zur positiven oder negativen Selektion der Neuerung gelingt oder nicht.“ Eine Theorie zeichnet sich als Evolutionstheorie eben durch die Aussage aus, „dass man es nicht wissen, nicht berechnen, nicht planen kann.“

Darwin habe in der „Umwelt“ den Garant für die Stabilität gesehen, Evolution als einen Akt natürlicher Selektion. Geht man allerdings von gekoppelten, sich selbst erhaltenden (autopoietischen) Systemen aus, in der alle anderen als das eigene System „UMWELT“ sind, müssen „Systeme selbst für ihre Stabilität sorgen, um weiterhin an Evolution teilnehmen zu können“. Neben den Ereignissen Variation und Selektion tritt die Funktion der Restabilisierung als Selbstorganisation. Das neue („re“) stabile System – und je komplexer die Stabilität dabei ist, desto mehr – bietet wieder Ansatzpunkte für Variationen – ein „Endlosprozess in einer irreversiblen Zeit“. Diese Unumkehrbarkeit aufgrund der Gesetze der absoluten Zeit verweist auf noch einen anderen Aspekt: „Selektion garantiert also nicht notwendigerweise gute Ergebnisse. Sie muss, längerfristig gesehen, auch noch den Test Stabilisierbarkeit bestehen.“

Spätestens an diesem Punkt wird deutlich, warum Konserva-

tismus nicht einfach eine willentliche Strömung ist, sondern dass er sich immer wieder reproduzieren wird, weil die Funktion der Restabilisierung unvermeidlicher Teil der Evolution ist. Zum Ende des ausgewählten Textes fragt Luhmann nach dem Erklärungsziel der Evolutionstheorie und fasst zusammen: „Es geht, vereinfacht gesagt, um die Erklärung von Strukturänderungen.“ Ob ungeplante oder geplante Strukturänderungen macht dabei nicht den Unterschied: beiden geht eine „Abweichung von eingelebten Routinen voraus“ (dies ist ja bereits ein Ergebnis von Evolution), und welche Struktur hernach draus wird, kann nicht bestimmt werden, sondern wird sich durch Evolution herausstellen. Am Schluss weist Luhmann noch darauf hin, und dies scheint mir für das Verständnis des Begriffes „Struktur“ wichtig, dass man die Vorstellung aufgeben müsse, Strukturen seien etwas „Festes“ im Unterschied zu etwas „Fließendem“. Strukturen realisieren sich nur „in der Dirigierung (Einschränkungen des Möglichkeitsbereichs) des Fortgangs von Operation zu Operation.“ Die Operation der Gesellschaft ist die Kommunikation: also ist es der Kommunikationsbezug, „der die Strukturen der Gesellschaft der Evolution aussetzt“.

Luhmann-Texte eignen sich schwer zur Rezension, mehr als Diskussionsgrundlage dafür, seine Gesichtspunkte zu berücksichtigen in sachlich konkretem Kontext. Daher gibt es den Vorschlag, für die Vertiefung der Diskussionen der Winterschule den hier rezensierten Text gerade auch hinsichtlich der Blicke auf die anderen, hier nicht näher beschriebenen Gesellschaftstheorien, auf regionaler Ebene zu behandeln.

Eva Detscher

Quellen:

Niklas Luhmann: „Gesellschaft der Gesellschaft“, in zwei Teilbänden; suhrkamp taschenbuch wissenschaftv1360, Frankfurt 1997; S. 413 bis 431

Christiane Schneider: Was kann die Linke von Lumanns Evolutionstheorie lernen? In: Ergebnisse und Materialien. Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation; Heft Nr. 3, Jahrestagung 2010

en Begriff der Pfadabhängigkeit

Im Einleitungstext werden die bekanntesten Vertreter der Pfadabhängigkeitstheorie kurz vergleichend vorgestellt, immer mit Blick auf die Mechanismen. In der folgenden Tabelle entwirft Beyer sein Untersuchungsprogramm, indem er eine Zuordnung von Mechanismus zu Kontinuitätssicherung und abweichender Destabilisierungstendenz vornimmt. Eine Diskussion wäre nötig, um die Wirkmächtigkeit einer Pfadabhängigkeit auf der einen Seite zu verstehen, auf der anderen Seite der ideologischen Verwendung dieses Begriffes entgegenzutreten zu können, welche Kausalität und Linearität von Abläufen bis hin zurück zu sogenannten eigentlichen Ursachen verfolgen und Neben- und Randbedingungen sowie die Komplexität des ganzen dabei aus den Augen und dem Sinn verlieren. *Eva Detscher*

Quelle:

Jürgen Beyer: Pfadabhängigkeit. Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel; Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, Band 56; Campus Verlag Frankfurt/New York, 2006

Mechanismus	Logik der Kontinuitätssicherung	Destabilisierungsoptionen
Increasing Returns	Selbstverstärkungseffekt	Ausbildung adaptiver Erwartungen gegen Etabliertes; geänderte Konkurrenzsituationen; Transaktionskosten des Wechsels klein und/oder abschätzbar; Überschreiten von Schwellenwerten bei deutlichen Effizienzlücken; Übergang zu »decreasing returns« wegen Änderung der »Umwelt«
Sequenzen	Irreversibilität der Ereignisabfolge, »Quasi-Irreversibilität« der Auswirkungen von Ereignisabfolgen	Überlagerung der Effekte; Gegensequenzen mit aufhebender Wirkung; Abbruch »reaktiver« Sequenzen beim Auftreten von alternativen Handlungsoptionen
Funktionalität	Zweckbestimmungen, systemische Notwendigkeiten	Extern verursachte Änderung der Funktionserfordernisse; Dysfunktionen als Ergebnis der Funktionserfüllung; Auftreten bedeutsamer »Nebenwirkungen«, Ablösung durch funktionale Äquivalente
Komplementarität	Interaktionseffekt	»Domino-Effekt« bei dennoch eingetretenen partiellen Änderungen; Auflösung der Komplementarität aufgrund von intervenierenden Faktoren; Relevanz-Verlust des Komplementaritätseffekts
Macht	Machtsicherung, Vetomacht	Bildung von Gegenmacht; Unterwanderung bzw. »conversion«; auf Ergänzungen hinwirkende Beeinflussungen bzw. »layering«, Revolutionen
Legitimität	Legitimitätsglaube, Sanktionen	Divergierende Interpretationen und Traditionen; Delegitimierung aufgrund von Widersprüchen
Konformität	Entscheidungsentlastung, mimetischer Isomorphismus	Durchsetzung einer neuen Leitvorstellung, zum Beispiel aufgrund von Innovationen oder einer Krise, die eine alte Leitvorstellung in Frage stellen

Ein Jahr Rot-Rot Grün in Thüringen – eine Zwischenbilanz

Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter und Kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion Die LINKE, gab den Teilnehmern der Linken Schule am 7. 1. einen Einblick in die Arbeit der von der Linken geführten Landesregierung, die jetzt ein Jahr im Amt ist.

Die Rahmenbedingungen der Arbeit wurden u.a. bestimmt durch das von SPD und Grünen durchgesetzte Verbot, für den Haushalt neue Schulden aufzunehmen. Dies schränkt die Möglichkeiten für Investitionen und Reformmaßnahmen ein. Dagegen profitiere die Regierung von der positiven Wirtschaftsentwicklung, der guten Binnennachfrage, sowie der geringsten Arbeitslosigkeit seit 1992. Es gibt einen Zuwachs an Beschäftigung und Zuwanderung. Letztere sei allerdings in Teilen sozial problematisch, ein Teil davon sind Senioren und Rückwanderer, die nach Abschluss ihres Erwerbslebens im Westen zurückkehren. Weiterhin besteht ein Fachkräfteproblem. Insgesamt ist die demografische Entwicklung rückläufig mit Ausnahme von Zentren wie Erfurt, Jena und Eisenach.

Der Haushalt ist von 9 auf 10 Mrd. Euro angewachsen. Allerdings bestehen die Einnahmen zu 80% aus dem Anteil an der Umsatzsteuer und zu 15% aus dem Einkommensteuer-Anteil, sodass dem Land bei den Einnahmen kaum Steuerungsmöglichkeiten bleiben. Immerhin profitiere man derzeit vom niedrigen Zinsniveau. Die Rücklagen mussten für die ansteigenden Kosten für Flüchtlinge aufgelöst werden, die von 14 Mio. Euro auf bis zu 600 Mio. Euro 2017 ansteigen werden. Zwar wurde in 2015 ein Haushaltsüberschuss von 400 Mio. Euro erzielt, dem stehen aber steigende Pensionslasten gegenüber, die sich gegenüber derzeit 400 Mio. Euro verdoppeln werden.

Zu den Inhalten: Das Landesamt für Verfassungsschutz wird aufgelöst zugunsten eines Amtes im Innenministerium, das zu einer Bildungsinstitution gegen den Extremismus werden soll. Die V-Leute wurden abgeschaltet.

In der Flüchtlingspolitik wurde zunächst ein Winter-Abschiebestopp verhängt. Thüringen ist für Flüchtlinge überwiegend Transitland. Im

vergangenen Jahr sind von 25 000 Angekommenen lediglich 9000 geblieben. Auch in Thüringen gibt es Abschiebungen. Infolge des großen Wohnungsleerstands mussten aber keine Flüchtlinge in Zelten untergebracht werden. Der Ausländeranteil ist von 1,1% auf 1,85% gestiegen, wobei Erfurt mit 6% eine Spitzenposition einnimmt.

Für die Integration wurden 300 Lehrer eingestellt, bisher besucht allerdings nur jedes 15. Flüchtlingskind eine Kita. 7% der Zugewanderten kommen innerhalb der ersten sechs Monate in Arbeit. Sollte es gelingen, innerhalb von vier Jahren 60 % eine Arbeit zu verschaffen, würden die positiven Effekte die Kosten für das Land übersteigen. Ferner werden an den Schulen pro Jahr 500 Lehrer eingestellt. Bis 2019 solle 200 Mio. Euro in die Sanierung und den Ausbau der Schulen gesteckt werden.

Für die Kommunen Thüringens, die bundesweit über die geringste Eigen-Steuerquote verfügen, wurde der Finanzausgleich neu geregelt. Zugleich ist geplant, eine einheitliche Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform durchzuführen, mit dem Ziel, zu einer zweistufigen Verwaltungsstruktur zu kommen und die Zahl der Kommunen von 800 auf 140, die der Landkreise und Kreisfreien Städte von 17 auf 9 zu reduzieren. Die Mindestgröße der Gemeinden soll danach (bis 2035) 8000 Einwohner, die der Kreise 130000 betragen. Durch die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Einheiten soll es möglich sein, Aufgaben vom Land in die Verantwortung der Kommunen zu übertragen, z.B. im Schulwesen und bei den kommunalen Ordnungsbehörden. Die kommunalen Vertretungen sollen gegenüber den Bürgermeistern gestärkt werden.

Insgesamt sei, so Frank Kuschel, der „Gebrauchswert“ der Rot-Rot-Grünen Koalition derzeit nur in Ansätzen erkennbar. Es gebe Defizite im Verwaltungsvollzug, in den Behörden sitzen die alten Leute. Ein wichtiges Vorhaben wie der Einstieg in die gebührenfreie Kita-Betreuung kann wegen Widersprüchen zwischen den Koalitionspartnern erst 2018 beginnen. Insgesamt sei die Haltbarkeit der Koalition schwer zu prognostizieren.

Berichterstattung: *Ulli Jäckel*

Protokoll der Mitgliederversammlung der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ am 7.1.2016 in Erfurt

An der Mitgliederversammlung nahmen 17 Genossinnen und Genossen teil. **Tagesordnung:** 1. Beschlussfassung über die Tagesordnung 2. Bericht zur aktuellen Situation der ArGe 2.1 Anerkennung als Bundes-Arbeitsgemeinschaft 2.2 Finanzen 2.3 Bericht vom Treffen der bundesweiten Zusammenschlüsse 3. Vorbereitung Sommerschule: Termin und Themensammlung 4. Wahl von Sprecherin und Sprecher der ArGe 5. Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag: zwei Delegierte und zwei Ersatzdelegierte. 6. Verschiedenes

Sitzungsleitung: Brigitte Wolf. Protokoll: Barbara Burkhardt.

1. Beschlussfassung über die Tagesordnung. Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Bericht zur aktuellen Situation der ArGe. Wolfgang Freye berichtet über die Treffen der Bundesarbeitsgemeinschaften im Bundesausschuss sowie die Parteikampagne „Das muss drin sein“ gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen. Kommunale Themen wurden im Bundesausschuss wenig diskutiert.

2.1 Anerkennung als Bundes-Arbeitsgemeinschaft. Um den Status einer anerkannten Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE zu behalten, muss in zweijährigem Abstand die Zahl der ArGe-Mitglieder dem Parteivorstand gemeldet werden. Voraussetzung für die Anerkennung ist, dass die ArGe in mindestens acht Landesverbänden mindestens ein Zweihundertstel der Mitglieder repräsentiert. Auch für 2015 kann die ArGe „Konkrete Demokratie – soziale Befreiung“ diese Voraussetzung nachweisen. Damit wird die ArGe wieder zwei Delegierte ohne Stimmrecht aber mit beratender Stimme zu den Parteitagern senden können. Der nächste Parteitag der Partei DIE LINKE findet am 28./29.5.2016 in Magdeburg statt.

2.2 Finanzen. Wie in den vergangenen Jahren hat die ArGe auch 2015

eines der höchsten Spendenaufkommen der Bundesarbeitsgemeinschaften der Partei DIE LINKE. Der Kontostand am 30.9.2015 betrug 4.035 €. Für 2016 erhält die ArGe zusätzlich 1.900 € aus dem Etat des Parteivorstands.

3. Vorbereitung Sommerschule 2016: Termin und Themensammlung. Die Sommerschule findet vom 11. bis 13.8.2016 wieder in Erfurt statt. Angedachte aber noch nicht entschiedene Themen: **Kurs Wirtschaft:** Solidarisches Wirtschaften. **Kurs Internationale Politik:** Wahrscheinlich findet kein Kurs statt, aber eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema der internationalen Regelungen (UN, UNHCR...). **Kurs Philosophie/Kulturwissenschaften:** Sozialarbeit/Wohlfahrt der verschiedenen Religionen – also was und wie machen das die Christen, Moslems, Juden – und welche Auffassungen sind damit verbunden. Als weiteres Thema wurde „Flüchtlingspolitik und Menschenrechte“ vorgeschlagen.

4. Wahl der Sprecherin und Sprecher der ArGe: *Brigitte Wolf* und *Wolfgang Freye* stellen sich erneut zur Wahl. Weitere Kandidaturen gibt es nicht. Die Wahl erfolgte geheim. Beide wurden einstimmig, ohne Enthaltungen, wiedergewählt und haben die Wahl angenommen.

5. Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag 2016/2017. Die ArGe kann zwei Delegierte mit beratender Stimme zum Bundesparteitag entsenden. In geheimer Wahl wurden einstimmig, ohne Enthaltungen, gewählt:

- *Brigitte Wolf* und *Wolfgang Freye* als Delegierte.

- *Ulrike Detjen* und *Thorsten Jannoff* als Ersatzdelegierte

6. Verschiedenes. Der ArGe-Rundbrief 16/2016 wird im März erscheinen.

Für die Richtigkeit: *Barbara Burkhardt*